

Zu diesem Heft

Erinnerung zwischen Exklusion und Inklusion

Niemand erinnert sich gerne an Unschönes, und trotzdem tun wir es – jeder für sich, aber auch gemeinsam. Erinnerungen zu teilen und dadurch am Leben zu erhalten, ist ein sozialer Prozess, der uns zusammenbringt, aber auch Grenzen zu denjenigen zieht, die anders erinnern wollen. Erinnern dient stets der Gemeinschaftsbildung und aktiviert Grenzziehungen. Wie jede Grenzziehung trennt sie diejenigen, die dazu gehören, von denjenigen, die draußen bleiben sollen.

Gerade für den Prozess der Herausbildung von Nationen ebenso wie anderer Gemeinschaftskonstrukte ist kollektives Erinnern an einschneidende Ereignisse konstitutiv. Gleichzeitig liegt hier neues Konfliktpotenzial: Es geht um die Frage danach, an wen und an was wie erinnert werden darf, aber auch, wer und was andererseits aus dem Kanon ausgeschlossen wird. Gerade so wird gemeinsame Erinnerung wesentlich eingesetzt, um die Super-Gemeinschaft, den Nationalstaat, nicht zuletzt mit affektiven Bezügen zu unterfüttern. Dies ist also ein zentraler Aspekt des oft als identitätsbildend verstandenen Geschichtsnarrativs, dem mit der Konstitution und Reproduktion der Abgrenzung eine eigenständige Bedeutung zukommt.

Üblicherweise werden Felder des Erinnerns von politischen Akteur*innen bespielt, die ihre Macht absichern wollen. Umgekehrt machen aber auch solche, die bestehende hegemoniale Formationen bestreiten, eigene Erinnerungsinhalte geltend. Neben verdrängten oder subalternen Erinnerungen benutzen solche Protagonist*innen häufig Versionen, die mit den offiziellen im Widerspruch stehen. Akteur*innen in unterschiedlichen Positionen nutzen Erinnerungspolitikern also mit ganz verschiedenen Zielsetzungen, um die von ihnen beanspruchte Version der Geschichte zu legitimieren, indem sie Teile der Bevölkerung mit Hilfe des Appells an geteilte Erfahrungen an sich binden und so dazu beitragen, Gemeinschaften nicht nur zu bestätigen, sondern auch neu abzugrenzen. In gewisser Weise haftet kollektivem Erinnern daher immer eine instrumentelle Dimension an, da es stets in machtpolitische Prozesse verwickelt ist: So nutzen Regierungen oder Oppositionen das Potenzial der Erinnerung gezielt, um Mehrheiten zu bilden, indem sie potenzielle Wählerschaften an sich binden. Dass damit zugleich Grenzziehungen aktiviert und oft politisiert, häufig auch neu geschaffen werden,

ist unausweichlich: Da Erinnerungspolitik stets den Anspruch erheben, die durch sie hochgehaltene Version der Geschichte sei die einzig richtige, werden alternative Interpretationen systematisch ausgeschlossen bzw. für ungültig erklärt. Demgegenüber versuchen sich andere Akteur*innen zu positionieren. Nicht immer geht es dabei um Machtgewinn, sondern häufig auch um den Respekt gegenüber denen, die in den zu erinnernden Ereignissen eine zentrale Rolle spielen. Ob jemand als Täter*in oder Opfer erinnert wird, als Freiheitskämpfer*in oder Kollaborateur*in, ist meist eine Frage der Perspektive. Für beide Seiten jedoch ist jeweils ihre Version die einzig wahre.

Auch wenn „Erinnern“ grundsätzlich selektiv stattfindet und immer wieder in Frage gestellt und umkämpft wird, erweisen sich manche Erinnerungen doch als außerordentlich langlebig. Nicht selten gelingt es politischen Akteur*innen, selbst jahrhundertalte Narrative und Geltungsansprüche für ihre politischen Ziele nutzbar zu machen oder neu zu beleben. Geschichte wird fortwährend „neu geschrieben“, etwa um die Vorherrschaft einer in ethnischen oder religiösen Kategorien beschriebenen Gruppe historisch zu begründen. Hiermit sei auch auf die zeitliche Dimension des Erinnerns verwiesen. Zwar findet sich das, woran erinnert werden soll, stets in der Vergangenheit. Trotzdem ist dessen politischer, häufig bewusst politisierter Gehalt da, wo es um Identitätsfragen geht, höchst relevant für die Gegenwart, aber insbesondere für die Zukunft: Erinnerungskonstrukte dienen der Konzeption von Vorstellungen darüber, wie eine Gesellschaft in Zukunft aussehen soll oder könnte, oder sollen, quasi als abschreckendes Beispiel, eine Wiederholung „der Geschichte“ verhindern.

Während staatlich verordnete Erinnerungspolitik der Konstruktion oder Aufrechterhaltung von Vorstellungen der Nation als mehr oder weniger homogene, auf jeden Fall zusammengehörige soziale Formation dienen, entwerfen separatistische Bewegungen, aktivistische Gruppierungen oder auch Minderheiten häufig Gegen narrative, die ihre spezifische Erfahrung und historische Rolle betonen. Erinnerungspolitik aus gegenhegemonialen Positionen heraus können für Strategien im Kampf um Anerkennung eine zentrale Rolle spielen, aber auch um die Legitimierung und Durchsetzung von konkreten Forderungen, etwa nach historisch begründeten Landrechten. Gerade in ehemals kolonisierten Gebieten werden Erinnerungspolitik aber auch zu einer wichtigen Ressource für Bevölkerungsgruppen, deren soziale und politische Teilhabe seit der Dekolonisierung auf dem Prüfstand steht oder gar ernsthaft gefährdet ist.

Dies gilt zumal, da in diesen Kontexten wesentliche Unterschiede in den Formen zu beobachten sind, in denen Erinnerungsinhalte tradiert und dargestellt werden. Das „koloniale Archiv“ ist geradezu sprichwörtlich verzerrt

und an schriftliche Überlieferung gebunden, während konkurrierende und subalterne Narrative eher auf oral vermittelten Traditionen, aber auch auf Performanz von Erinnerungsinhalten aufbauen. Wenigstens teilweise bilden sich diese durch Macht- und Kompetenzgefälle sowie regelmäßig durch Herrschaftsverhältnisse begründeten Unterschiede auch in der Privilegierung kanonischer Texte, d.h. von Schriftlichkeit, in der aktuellen Debatte über das kulturelle Gedächtnis ab. Auch die öffentliche Darstellung von Erinnerungsinhalten durch staatliche oder nichtstaatliche Instanzen, die zugleich ihre Reichweite und mögliche Resonanz mitbestimmen können, bringt diese Unterschiede zum Ausdruck.

Anhand der Gedenkstätte *Tuo Sleng Genocide Museum* in Kambodscha analysiert *Timothy Williams* die Divergenzen und Ambivalenzen in der Repräsentation der Roten Khmer und ihrer Opfer. Er arbeitet heraus, dass mit der Konstruktion von Täter*innen und Opfern als voneinander klar getrennter Gruppen die Tatsache, dass viele Opfer selbst Mitglieder der Roten Khmer waren, unter den Tisch gekehrt wird. Indem Leid und Schmerz in den Mittelpunkt gestellt werden, tritt die Schuldfrage in den Hintergrund. Mit dem Opfernarrativ ist das Schweigen über Täterschaft verbunden. Mit dieser Politik des Schweigens gelingt der Regierung eine anschlussfähige nationale Geschichte, die sie für ihre Erinnerungspolitik gezielt einsetzen kann.

Dass Gedenkorte auch als widerständige Projekte betrachtet werden können, zeigt *Shelley Feldmans* Beitrag über das *Muktijoddha Jadughar*, ein Museum im Herzen der bangladeschischen Hauptstadt Dhaka, das dem Befreiungskrieg von 1970/1971 und seinen Kämpfer*innen gewidmet ist. Indem Feldman die Entstehung und die Ausstellung des Museums in den Kontext der jüngeren Geschichte stellt, zeichnet sie nach, dass dessen Initiator*innen, ehemalige Freiheitskämpfer*innen und ihre Angehörigen, einen Beitrag zur Wiedererlangung einer bestimmten Version der Geschichte vorantreiben. Mit dem Museum, das erst 25 Jahre nach dem Befreiungskrieg eröffnet werden konnte, positionieren sie sich klar gegen die offiziellen Erinnerungspolitiken. Erst mit der demokratischen Wende, die, von einer Massenbewegung erzwungen, Anfang der 1990er Jahre die Zeit der Militärdiktaturen (1975-1991) beendete, eröffneten sich neue Spielräume für die Auseinandersetzung mit der Geschichte. Feldmans Beschreibungen der Ausstellung machen das demokratische Anliegen des Museums deutlich, den Menschen selbst, sowohl den Freiheitskämpfer*innen als auch den Opfern, eine Stimme zu geben und so einen Ort der Wiedergutmachung, der Trauer und der Traumabewältigung zu schaffen.

Rita Schäfer untersucht den Umgang mit politisch motivierter Gewalt in Simbabwe. Im Mittelpunkt ihres Interesses steht dabei die Erinnerung an

die „Gukurahundi“ genannten Massaker. Sie zeichnet die Entwicklung nach, analysiert die nationalistischen Vorgaben für lokales Gedenken und zeigt, in welchen Formen an die Gewalt und ihre Opfer erinnert wird.

Bruchstellen zwischen einem übergreifenden nationalen Geschichtsbild einerseits sowie den Vorstellungen und Ansprüchen ethnischer Gruppen, zumal der Nachkommen der Überlebenden des Völkermordes von 1904-1908, werden auch in Namibia immer wieder deutlich. *Reinhart Kößler* zeigt am Beispiel der kürzlich durchgeführten Rückgabe geraubter Gegenstände aus dem ethnologischen Museum in Stuttgart einige konkrete Aspekte dieser Entwicklung auf. Im *PERIPHERIE*-Stichwort führt er in die Dynamiken des Erinnerns ein und regt damit zu weiterer Lektüre an.

Daniele Fini zeichnet auf Basis seiner Feldforschung in Guerrero, Mexiko, ein differenziertes Bild der dort aktiven *Policía Comunitaria*, einer von den örtlichen Bewohner*innen nach den Prinzipien indigener Selbstverwaltung ehrenamtlich organisierten Polizei. In diesem Bundesstaat haben sich eine Reihe lokaler Gruppen zu einem regionalen Verbund zusammengeschlossen, die über die Gemeindegrenzen hinweg nicht nur als Polizei agieren, sondern auch alternativ zum als korrupt wahrgenommenen staatlichen System ein Justizsystem etabliert haben. Dieses Justizsystem ist ohne Gerichts- und Anwaltsgebühren der Bevölkerung allgemein zugänglich. Aufgrund seiner Effektivität wird es von den meisten gegenüber den staatlichen Institutionen bevorzugt. In den letzten Jahren schließen sich zunehmend auch Gruppen aus urbanen Räumen dem System an, was wegen der dort fehlenden Tradition indigener Selbstorganisation neue Probleme und Konflikte mit sich bringt. Indem Fini die Entwicklung dieses Sicherheitssystems in die jüngere Geschichte Mexikos einbettet, zeigt es sich als Reaktion auf den neoliberalen Umbau der Gesellschaft. Zugleich wird seine Ambivalenz deutlich, einerseits dem Interesse des Kapitals an sicheren Vertriebswegen für seine Waren entgegenzukommen, andererseits Ansatzpunkte für offene Konflikte, beispielsweise in der Verteidigung der lokalen Territorien gegen Bergbauprojekte, zu bieten.

Rebecca Gulowski & Martin Oppelt stellen in einem Interview und einer umfassenden Einleitung das Werk von Achille Mbembe vor. Sie zeigen, dass es zu kurz greift und seinem Schaffen nicht gerecht wird, ihn allein als „Denker Afrikas“ oder „afrikanischen Denker“ zu verstehen. Seine wissenschaftliche Arbeit bezeichnen sie in Abgrenzung vom postkolonialen Diskurs und von afrozentrischen Ansätzen als gegenhegemoniales epistemisches Projekt, in dessen Zentrum die Kritik an der modernen Demokratie steht. Im Interview verbindet Mbembe die Kritik des Kolonialismus' mit der Forderung nach Überwindung des anthropozentrischen Welt- und Menschenbildes. Die

Kritik an diesem Bild, das den Menschen als Herrscher über die Natur (und über andere Menschen) versteht, umfasst für Mbembe auch ein Neudenken von Demokratie und die Einbeziehung von organischen, mineralischen und biophärischen Dimensionen der Existenz.

Mit der vorliegenden Ausgabe eröffnen wir den 39. Jahrgang der *PERIPHERIE*. Die weiteren Hefte nehmen die Themen „Vertreibung durch Entwicklungsprojekte“ sowie „Abschiebungen global“ in den Blick. Darüber hinaus bereiten wir Schwerpunkte zu „Jenseits der ‘Kolonialität von Geschlecht’ – De- und Postkoloniale Perspektiven auf Entwicklung, Gender und Sexualität“, „Bio-Ökonomie“ und „Protest und Reform in der globalen Ökonomie“ vor. Zu diesen und anderen Themen sind Beiträge sehr willkommen. Die entsprechenden *Calls for Papers* finden sich auf unserer Homepage, sobald sie veröffentlicht werden.

Schließlich bedanken wir uns bei allen Leser*innen, Abonnent*innen sowie bei den Mitgliedern der *Wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V.*, der Herausgeberin der *PERIPHERIE*. Unsere größtenteils ehrenamtliche Arbeit ist weiterhin von Spenden abhängig. Eine für die langfristige Sicherung des Projekts besonders willkommene Förderung stellt die Mitgliedschaft im Verein dar, in der das Abonnement der Zeitschrift sowie regelmäßige Informationen über die Redaktionsarbeit enthalten sind. Wir freuen uns aber auch über einmalige Spenden. Unsere Bankverbindung finden Sie, liebe Leser*innen, im Impressum.

Besuchen Sie uns auf unserer Internetseite:

<http://www.zeitschrift-peripherie.de>.

Dort finden Sie außer den *Calls for Papers* für die kommenden Hefte ein Formular zum Bestellen einzelner Hefte oder eines Abonnements sowie weitere Informationen zur *PERIPHERIE*.